

Imperialismus revisited

Ganz gleich, wie man's dreht und wendet: Gewalt ist die Geschäftsgrundlage des weltumspannenden kapitalistischen Betriebs.

Von Renate Dillmann und Johannes Schillo

Er ist wieder da – der Imperialismus, der alte Wiedergänger. Heute taucht er in Russland und China auf. Kanzler Scholz konstatierte bei seiner Rede vor den Vereinten Nationen mit Blick auf den Ukraine-Krieg „blanken Imperialismus“. Und deutsche Medien kommen, unterstützt von den einschlägigen „unabhängigen“ Denkfabriken, bei ihren bekannt präzisen Analysen zu dem Ergebnis, dass das außenpolitische Verhalten der Volksrepublik China nicht anders als „klassisch imperialistisch“ einzustufen ist – so unisono die FAZ, der Deutschlandfunk und die Bundeszentrale für politische Bildung.

Die neuen Antiimperialisten greifen Russland und China (welt-)öffentlich an. Der Grund ihres Ärgers: Diese Staaten machen inzwischen vieles, was die westlichen Gründer respektive Freunde der geltenden Weltordnung für sich reserviert hatten. Auch die beiden betreiben die geostrategische Absicherung ihrer Handelsinteressen, feiern die Größe ihrer Nation, bauen militärische Stützpunkte und nehmen jetzt sogar das – sonst nur der US-Führungsmacht zustehende – Recht in Anspruch, einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu starten. „Imperialismus“ ist, im Fall dieser ehemals sozialistischen und anti-imperialistischen Staaten, natürlich die größtmögliche rhetorische Attacke. Die Titulierung kommt also sicherlich mit einer guten Portion Schadenfreude daher, die die Redenschreiber von Scholz mit Begeisterung tief in die alte Juso-Restekiste greifen ließ.

Nun ist es ein nicht ganz unwichtiger Unterschied, ob der Begriff „Imperialismus“ aufgefahren wird, um im Rahmen der Konkurrenz zwischen Staaten Stimmung gegen die jeweils ins Visier genommenen „moralisch bösen“ Gemeinwesen zu machen. Oder ob es darum geht, die Konkurrenz der kapitalistischen Staaten und deren dauernde Kriegsträchtigkeit zu erklären und damit zu kritisieren. Deshalb zunächst einige Überlegungen zur Sache und im Anschluss zu gängigen (linken) Missverständnissen.

Kapitalismus, Staatenkonkurrenz und Krieg

Kapitalistische Staaten leben heute im Wesentlichen nicht davon, fremde Territorien zu erobern, sondern davon, dass ihre Unternehmen ein möglichst großes Wirtschaftswachstum zustande bringen, um zu wirklich gültiger Geld-, das heißt Kreditmacht zu gelangen. Ihre Außen- und Geopolitik bezieht sich deshalb im Prinzip gleich auf die gesamte Welt. Insbesondere für die erfolgreichen Staaten gilt: Kein Stückchen Erde ist für sie bei der Suche nach Rohstoffen und Absatzmärkten uninteressant, keine Insel, keine Schifffahrtspassage, kein Punkt im erdnahen Weltraum wird außer Acht gelassen – einen Standpunkt des „Geht uns nichts an“ gibt es in ihrer Außenpolitik einfach nicht.

Seit 1991 – dem Ende der Sowjetunion – kann man von einer *weltweit gültigen* Geschäftsordnung sprechen: Im Prinzip herrscht freier Austausch von Waren und Kapital auf dem gesamten Globus. Souveräne Nationalstaaten konkurrieren untereinander um den Nutzen aus dem weltweiten Geschäft. Im Völkerrecht haben sie sich verpflichtet, ihre „internationalen Streitigkeiten“ (von deren Fortexistenz selbstverständlich ausgegangen wird) nach Möglichkeit friedlich auszutragen oder die UN, in deren wichtigstem Gremium die

Weltkriegsgewinner als maßgebliche Richter sitzen, über die erforderlichen Maßnahmen entscheiden zu lassen.

Diese „Ordnung“ haben die USA als unangefochtene Siegermacht des Zweiten Weltkriegs seinerzeit dem Globus verordnet – von den Ansagen der Atlantik-Charta bis zur Umsetzung mit Marschall-Plan und Nato-Gründung, die nur am viel geschmähten „Eisernen Vorhang“ ihre Schranke fanden. Dass die Welt heute im Geist freier kapitalistischer Konkurrenz regiert wird, ist einerseits das Resultat der Entkolonialisierung, die die USA noch zusammen mit der Sowjetunion gegenüber den ehemaligen Kolonialstaaten, insbesondere England und Frankreich, durchgesetzt haben. Andererseits ist hierin das Ergebnis des Kalten Kriegs zu sehen, an dessen Ende sich der „totgerüstete“ sozialistische Ostblock selbst auflöste.

Das Ende des Ost-West-Gegensatzes – den westlichen Bevölkerungen wurde stets die Existenz des östlichen Störenfrieds als Grund für den Unfrieden auf der Welt genannt – hat allerdings nicht für ein Ende des weltweiten Aufrüstens gesorgt. Schon gar nicht bei den Nato-Staaten, die ihr Militärbündnis nach der Auflösung des Warschauer Pakts keineswegs ad acta legten. Das ist auch kein Wunder. Die nun „endlich“ weltweit geltende Geschäftsordnung bringt aus sich heraus permanent harte Gegensätze zwischen den Staaten hervor. Sie ist kein Verhältnis wechselseitigen Vorteils, keine Win-win-Situation, wie die System-Ideologen in West und Ost behaupten.

Handel und Kapitalverkehr zwischen kapitalistischen Nationen dienen schließlich dazu, sich *aneinander zu bereichern*. Auch wenn es Phasen gibt, in denen die Zuständigen davon schwärmen, dass Handels- und Investitionsverträge allen Beteiligten von Nutzen sind und es für alle aufwärts geht – letztlich werden die Erfolge eines Landes auf Kosten eines anderen errungen. Das zeigt sich spätestens auf der Ebene der Währungskonkurrenz und in den systemnotwendigen Krisen, wenn versucht wird, die fällige Entwertung auf die Geschäftspartner abzuwälzen. Bekannt sind ja Merkels Versicherungen, dass „wir“ aus der Krise stärker herauskommen, als wir hineingegangen sind.

Die Klagen westlicher Politiker und Journalisten darüber, dass China einen ungeheuren Aufstieg als Wirtschaftsnation hinlegt, bieten hierfür übrigens ein gutes Beispiel. Obwohl gerne lauthals betont wird, dass die Entwicklungsländer sich durch Teilnahme am Weltmarkt aus ihrer Lage herausarbeiten sollen, um so Hunger und Unterentwicklung hinter sich zu lassen, ist de facto kein westliches Land froh darüber, dass China – früher einmal das „größte Entwicklungsland der Welt“ – genau das geschafft hat und mittlerweile zu den führenden Staaten dieser Erde zählt. Die Klagen über Chinas neue Fähigkeiten und die sich daraus ergebenden Konsequenzen werden jede Woche lauter und zeigen deutlich: Der Erfolg der Volksrepublik nimmt „uns“ (der BRD, den USA ...) etwas weg, geht auf „unsere“ Kosten.

Geostrategische Konkurrenz: ohne absichernde Gewalt kein erfolgreiches Geschäft

Schon an den internationalen Absprachen, die dem Handeln der Unternehmer vorausgehen, ist ersichtlich, dass das länderübergreifende und weltumspannende Geschäft nicht ohne Gewalt auskommt. Staatliche Souveräne zwingen sich wechselseitig zur Anerkennung ihrer Existenz und handeln – unter Einsatz aller ihnen zur Verfügung stehenden Erpressungsmittel – die Bedingungen des globalen Geldverdienens aus: Das ist die schöne „regelbasierte Weltordnung“, die nach Ansicht der USA unbedingt gegen Angriffe geschützt werden muss, wie der seinerzeitige US-Verteidigungsminister Esper auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2020 erklärte. Wenn auf dieser Basis „friedlich“ gehandelt wird, macht

das das Schießen keineswegs überflüssig. Der ehemalige Bundespräsident Köhler hat diesen Zusammenhang im Mai 2010 in einem Interview mit dem Deutschlandradio ausgesprochen:

„Meine Einschätzung ist aber, dass wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen ...“

Köhler musste für seine – „ungeschickten“ – Bemerkungen im Jahr 2010 noch vom Amt des Bundespräsidenten zurücktreten. Erst nach der Klarstellung des seinerzeitigen Verteidigungsministers Guttenberg durfte dem deutschen Volk das Wort Krieg – „umgangssprachlich“ – zugemutet werden. Köhlers Gedanken aber waren längst, wenn auch nicht in „der Breite der Gesellschaft“, so doch an ihrer Spitze angekommen. Und die Verantwortlichen für die hiesige „Sicherheitspolitik“ haben die Verknüpfung von nationalen außenwirtschaftlichen Interessen mit militärstrategischen Fragen schon lange vor der „Zeitenwende“ (Olaf Scholz) offen ausgesprochen.

„Wohlstand und Volkseinkommen sind in Deutschland in hohem Maße abhängig von funktionierenden Rahmenbedingungen – in Europa und in der Welt. Deutschland ist eng in internationale Handels- und Investitionsströme eingebunden. Unser Land ist in besonderem Maße auf gesicherte Versorgungswege, stabile Märkte sowie funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme angewiesen. Diese Abhängigkeit wird weiter zunehmen.“
(*Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr 2016*)

Das deutsche Staatswesen und seine wirtschaftlichen Interessen brauchen ein Militär, das überall auf der Welt die „Verantwortung“ für funktionierende Rahmenbedingungen übernimmt. Dass das *Weißbuch* Deutschlands weltweite Gewinninteressen dabei als „Abhängigkeiten“ fasst, mag logisch etwas zweifelhaft sein, ist aber die übliche Selbstdarstellung auf dem Feld der internationalen Politik. Demnach werden die „Abhängigkeiten“ eines Landes und der Druck, zu intervenieren und zu „verteidigen“, um so stärker, je erfolgreicher die eigenen Wirtschaftsunternehmen auf dieser Erde tätig sind und andere Nationen von sich abhängig machen.

Kein Wunder also, dass sich die USA, die wirtschaftsmächtigste Nation der Welt, die mit Abstand teuerste Armee leisten, überall Stützpunkte (an die 1000 weltweit) unterhalten und meist mehrere Kriege parallel führen, während sie in anderen „Fällen“ sämtliche Austauschbeziehungen als Waffe nutzen, um Kontrahenten zur „Vernunft“ zu bringen.

Die Gewalttätigkeit und Aggressivität der heutigen Weltordnung ist eben nicht – wie oft dargestellt – Ergebnis des Handelns chauvinistisch-machtversessener oder per se „böser“ Politiker. Vielmehr kommt hierin zum Ausdruck, dass unversöhnliche Gegensätze die Wirtschaftsinteressen kapitalistischer Staaten bestimmen: Akteure, die alle *dasselbe* wollen, nämlich Geld aneinander verdienen, kommen sich unvermeidlich in die Quere. Was ebenfalls gerne übersehen wird: So sehr die Staaten außenpolitisch *letztlich* das Ziel verfolgen, dem Wachstum ihres Standorts international auf die Sprünge zu helfen, so sehr müssen sie sich in der Machtkonkurrenz mit ihresgleichen zeitweise gerade von der Rücksichtnahme auf die Interessen ihrer Unternehmen (auf die Erhaltung ihrer Völker sowieso) emanzipieren.

Die notorischen Störenfriede

Die Sowjetunion und China haben ihren – vom Westen stets lauthals angeklagten – Sozialismus und ihre antiimperialistischen Störversuche über Bord geworfen und sich zum Kapitalismus bekehrt. Die Volksrepublik ist seit ihrer Wende unter Deng Xiao Ping ökonomisch ungemein erfolgreich und stellt einen ebenso bemerkens- wie erklärenswerten Ausnahmefall von der Regel dar, dass im Fall von Drittweltländern Auslandskapital zu Verschuldung, Abhängigkeit und Staatszerfall führt. In Russland wurde – nach dem Zerstörungswerk der Jelzin-Jahre, bei dem der Westen seine Chancen entschlossen nutzte – unter Putin zumindest der Ausverkauf einer ganzen Nationalökonomie beendet. In der Folge haben beide Staaten expansive auswärtige Interessen entwickelt und agieren mit ihren Unternehmen, Krediten, Infrastrukturprojekten sowie Energie- und Waffenverkäufen ähnlich „imperialistisch“ wie die etablierten Großmächte.

Der eingangs erwähnte Ärger darüber zeigt vor allem, dass man sich im Westen die „post-sozialistische“ Weltordnung etwas anders vorgestellt hatte: Das riesige Entwicklungsland China sollte mittelfristig in die Schuldenfalle geraten und vom IWF beherrscht werden, Russland sollte von seinen Oligarchen ans Ausland verhökert werden und politisch auseinanderbrechen. Westliche „Vordenker“ wie Brzeziński haben das in den neunziger Jahren auch offen ausgesprochen – und ihre Regierenden dabei zu Fingerspitzengefühl ermahnt.

Von diesem Standpunkt aus ist es natürlich unerträglich, wenn sich die beiden Staaten mehr und mehr das anmaßen, was doch bisher unwidersprochen „unser“ Metier war. Einfluss in einem wachsenden Teil des globalen Südens, ökonomische Bündnisse, die den G7 Konkurrenz machen, gar das Projekt einer alternativen Weltwährung oder eines alternativen Zahlungssystems – das sind Dinge, die aus Sicht der USA und ihrer Freunde den Straftatbestand darstellen, der Welt eine neue „Ordnung“ aufzwingen zu wollen. Gegen diesen Versuch muss die jetzt geltende mit allen Mitteln, zur Not auch einem (atomaren) Weltkrieg, „verteidigt“ werden. Der Kampf läuft bereits – und zwar unter dem Motto „Demokratie gegen Autokratie“, obwohl nur zu klar ist, dass die USA hier ihre Weltherrschaft gegen Konkurrenten verteidigen, die es künftig „multipolar“ haben wollen (was übrigens nicht mit „friedlich“ zu verwechseln ist).

Anklage „Imperialismus“

Moralisieren, mit dem Imperialismus-Begriff Anklagen lancieren, ist nicht den Bürgerlichen vorbehalten. Das können die Linken auch – und stehen damit in einer langen Tradition. Schon Lenin wollte mit dem „höchsten Stadium des Kapitalismus“ als besonders harscher Anklage – mitten im Ersten Weltkrieg – punkten. Nun *ist* der Krieg – und besonders einer der Sorte Weltkrieg – in der Tat ein Kulminationspunkt für das Bewusstsein der Bevölkerung. Während sie sich als Lohn für ihre berechnende Unterwerfung in Friedenszeiten „immerhin“ Arbeitsplätze oder Wohnungen ausrechnen kann, ist nun die bedingungslose Subsumtion sämtlicher privater Kalkulationen unter die Forderungen des Vaterlands verlangt. Lenin setzte darauf, der Arbeiterbewegung diese Lage „final“ vor Augen zu führen und zugleich ihrem Umsturzwillen mit der Einschätzung auf die Sprünge zu helfen, dass man es bereits mit einer „faulenden“ Gesellschaftsordnung zu tun habe.

Allerdings war bei Lenin noch ein gewisses Bewusstsein von der *Notwendigkeit* des Krieges vorhanden, die er aus dem Akkumulationsbedürfnis der kapitalistischen Ökonomie falsch

vereinfachend zu deduzieren suchte. Dagegen gingen seine Nachfolger in Moskau respektive bei der Komintern mehr und mehr dazu über, die Verträglichkeit ihres Staatswesens mit dem kapitalistischen Ausland zu proklamieren – getragen von dem Interesse, den „Sozialismus in einem Land“ bei ausbleibender Weltrevolution zu behaupten. Nach dem Zweiten Weltkrieg erhoffte sich die Sowjetunion von den Prinzipien des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ und der „Ächtung des Krieges“ bei fehlender Zustimmung des Weltsicherheitsrates eine Existenzgarantie für sich selbst und ihre Satelliten in Osteuropa im Sinne einer „friedlichen Koexistenz“. Imperialismus galt der UdSSR und ihren Verbündeten daher zunehmend nicht als Notwendigkeit (wie noch bei Lenin), sondern als Regelverstoß – die absolut verwerfliche, aus der Not geborene Übergriffigkeit der Monopolbourgeoisie.

Die westeuropäischen Linken interpretierten später die Kette von Kriegen der USA und ihrer Verbündeten nach 1945 nicht im Hinblick auf die Kriegsgründe, sondern im Sinne eines *Verstoßes*: Als „Imperialismus“ galt ihnen (siehe Vietnam-Kongress) nun die Verletzung des Völkerrechts, insbesondere die von Grenzen. Die imperialistische Herrschaft gerate, wie das *Philosophische Wörterbuch* der DDR wusste, „in zunehmendem Maße in Widerspruch zu den Interessen der Nation und zum gesamten friedliebenden Volk“. Demnach handelte es sich gewissermaßen um letzte aggressive Zuckungen des „absterbenden“ Systems, von dem es weiter hieß: „Die allgemeine Krise des Kapitalismus verschärft die parasitären Züge des Imperialismus.“

Man merkt: Dieser Deutung geht es nicht um den Begriff kapitalistischer Außenpolitik, um die dieser *Ordnung gemäße*, ausgreifende, auf Gewalt basierende Außenwirtschafts- und Außenpolitik kapitalistischer Staaten, die sich Reichtumsquellen auf der gesamten Welt erschließen und diese durch geostrategische Einflusssphären sichern. Vielmehr soll eine *außerordentliche* Gemeinheit respektive Ungerechtigkeit gekennzeichnet werden. Ähnlich verfahren etliche Linke, wenn sie den Begriff „Ausbeutung“ nicht im Sinne eines politökonomischen Tatbestands, einer System-Notwendigkeit, verstehen und verwenden, sondern als Synonym für die ungerechte Behandlung der Lohnarbeiter durch das Kapital.

Mit dem Ende des real existierenden Sozialismus starb weder das Anlehnungsbedürfnis der verbliebenen Linken an vermeintlich progressivere oder humanere Staatswesen noch der moralisierende Gehalt des Imperialismus-Begriffs. Im Gegenteil: Weit entfernt von der tatsächlichen Weltlage streitet die Linke seit dem Golfkrieg 1991 munter darüber, wer unter den kriegführenden Staaten des globalen Kapitalismus als „imperialistisch“ zu verurteilen ist und wem die Linken (ungefragt und praktisch völlig folgenlos) die Daumen drücken sollen.

Dafür, dass Staaten übereinander herfallen, statt sich „friedlich“ aneinander zu bereichern, wird im Normalfall die überaus große Profitgier ihrer Kapitalisten verantwortlich gemacht. Deshalb wird auch stets, beim Übergang vom Alltagsgeschäft des friedlichen Erpressens zum Krieg, nach dem unmittelbar materiellen Motiv gesucht, um das es gehen soll: Öl natürlich, Rohstoffe, das Rückgängig-Machen von Verstaatlichungen – so etwas leuchtet ein, macht das moralisch Verwerfliche deutlich: „Blut für Öl“ (statt für höhere Werte)! Und deshalb wird dieses Erklärungsmodell auch auf Fälle übertragen, in denen es wirklich schwierig ist, das materiell Attraktive auszumachen – siehe die Befreiung des Kosovo vom Serbentum oder die Verteidigung „unserer Freiheit am Hindukusch“. Zur Not hilft immer noch der Hinweis auf die Profite der Rüstungsindustrie, obwohl Kriege aus der Logik der Staatenkonkurrenz resultieren.

Wenn und weil man das nicht wahrhaben will und strikt „ökonomistisch“ denkt, avanciert der Staat schnurstracks zum Hoffnungsträger. Niemand anders ist Adressat der jeweiligen

Friedens-, Abrüstungs- und Antikriegsdemonstrationen als die Regierungen, denen ans Herz gelegt wird, ihren (eigentlichen) Friedenswillen gegen ihre fiesen Kapitalisten, die Rohstoffe plündern und Waffen verkaufen wollen, zu behaupten. Als seien nicht die Staaten die Subjekte der internationalen Politik und als würden nicht die Regierungen die Waffen kaufen und den Krieg erklären. Wie der Ukraine-Krieg deutlich gemacht hat, sind die Regierungen sogar bereit, große Teile ihrer „Wirtschaft“ auch mal heftig vor den Kopf stoßen, wenn sie es aufgrund ihrer nationalen Kalkulationen für nötig halten.

Wer gewohnheitsmäßig moralisiert und höchste Werte bemüht, für den bleibt die einzig spannende Frage, ob sich „die Linken“ bei internationalen Konflikten und Kriegen auch konsistent empören und ob sie die Übeltäter angemessen anklagen. Etwas „zu verstehen“, gilt heute als Vorwurf, weil keiner mehr zwischen „Gründen“ und „guten Gründen“ unterscheiden mag.

Angesichts der entwickelten Staatenkonkurrenz des 21. Jahrhunderts wird nicht erst seit Baerbocks „wertebasierter feministischer Außenpolitik“ versucht, zwischen „Gut“ und „Böse“ oder „sehr aggressiv“ und „friedlicher“ zu unterscheiden. Die Konsequenz: Während sich der deutsche Imperialismus neu formiert, werfen sich Teile der Linken einer „Schutzmacht“ (!) USA und ihrem Waffenarsenal an die Brust. Oder sie verwechseln die Konkurrenzanstrengungen der Volksrepublik China, die um ihren Aufstieg zur Weltmacht kämpft, mit dem eigenen Wunsch, jemand möge endlich den Gewalttaten des herrschenden „Imperiums“ in die Quere kommen.

Autorennotiz:

Renate Dillmann ist Autorin von „China – Ein Lehrstück“ (Neuausgabe 2021) und „Abweichendes zum Ukraine-Krieg“ (2023). Johannes Schillo hat zuletzt (zusammen mit Norbert Wohlfahrt) „Deutsche Kriegsmoral auf dem Vormarsch“ (2023) veröffentlicht.

Konkret 11/2023